

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich: 1 - Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 26.11.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach Telefon-Nr. 02202/14- 2237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 08.11.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 19:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 20.09.2001 - öffentlicher Teil -
675/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 4a. Antrag der SPD- Fraktion vom 19.09.2001, eingegangen am 05.11.2001, zum Straßenzug „ In der Auen/ Beningsfeld “
751/ 2001**

5. **Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**
645/2001
6. **Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes für die Haushaltsjahre 1997 und 1998
(überörtliche Prüfung gemäß § 105 GO NW)**
719/2001
7. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2001**
655/2001
8. **Verwendung der Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der
Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001**
499/2001
9. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
662/2001
10. **Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2001 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung
"Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
665/2001
11. **Einwohnerfragestunde**
725/2001
12. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**
666/2001
13. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH**
652/2001
14. **Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Stadtmarketing in Bergisch
Gladbach**
677/2001
15. **Antrag der F.D.P.- Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"**
340/2001

16. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Frühjahrsemester 2002**
515/2001
17. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**
503/2001
18. **Antrag des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. auf Senkung des Trägeranteils bei den Betriebskosten des Jugendtreffs im Zentrum für Aktion und Kultur (ZAK).**
510/2001
19. **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung über die Erziehungsberatungsstellen**
535/2001
20. **Sonderförderung der Betriebskosten der halben Kindergartengruppe in der Evgl. Kindertagesstätte "Kradepohl" in Gronau**
556/2001
21. **Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altersehrungen und Ehejubiläen**
497/2001
22. **Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
593/2001
23. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Änderung eines verkaufsoffenen Sonntages im Ortsteil Refrath**
667/2001
- 24.1 **Nachfolgebesetzung im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**
718/2001
- 24.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 24.10.2001 zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach im Bezirksbeirat der Kreisparkasse Köln; Benennung eines Vertreters gem. § 50 Abs. 4 S.2 GO NW**
724/2001
- 25.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2001 zum Thema**

"Mobilfunk"

686/2001

- 25.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001 bzgl. eines Spielplatzes im Bereich "Neu-Frankenforst"**

727/2001

- 25.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001 zur Bewerbung der Stadt Bergisch Gladbach um das Gütesiegel für umweltgerechtes Reisen "Viabona"**

728/2001

- 26.1 Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001 zur Ausgliederung und Unterhaltung von Spielplätzen aus dem Haushalt des Fachbereichs 5**

726/2001

- 26.2 Anfragen der Ratsmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurden sowie beschlussfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevante Unterlagen:

1. die Einladung vom 26.10.2001 mit den beigefügten Vorlagen,
2. das Anschreiben vom 31.10.2001 mit seinen Anlagen,
3. eine Tischvorlage zum Antrag der SPD- Fraktion vom 19.9.2001, eingegangen am 5.11.2001, zum Straßenzug In der Auen/Beningsfeld.

Da die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 20.9.2001 erst gestern versandt wurde, könne sie in der heutigen Sitzung nicht genehmigt werden. Die Punkte A 2 und B1 seien daher von der Tagesordnung zu nehmen. Hierüber besteht Einvernehmen.

Danach weist Sie auf die Dringlichkeit des o. g. Antrages der SPD- Fraktion hin und schlägt mit Blick auf die anwesenden Zuhörer vor, ihn als Punkt 4a in die Tagesordnung des öffentlichen Teiles aufzunehmen. Hierüber besteht ebenfalls Einvernehmen.

Bürgermeisterin Opladen legt Wert auf die Feststellung, dass der Antrag nicht vor dem 5.11.2001 bei ihr eingegangen sei.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 20.09.2001 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Durchführungsvermerk zu Punkt 9a dahingehend, dass der Mietvertrag inzwischen unterzeichnet wurde. Derzeit würden die Räume hergerichtet.

Zu Punkt 11 merkt sie an, dass die Fragen der „ Bürgerinitiative Wohnstraßen In der Auen und Beningsfeld “ inzwischen mit Schreiben vom 30.10.2001 beantwortet

wurden.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es gibt keine Mitteilungen.

4a. Antrag der SPD- Fraktion vom 19.09.2001, eingegangen am 05.11.2001, zum Straßenzug „ In der Auen/ Beningsfeld “

Herr Freese begründet den Antrag. Die Zone-30 bestehe im Wohnquartier bereits seit etwa 14 Jahren und sei seinerzeit das Ergebnis intensiver Diskussionen sowie einer Einwohnerversammlung gewesen. Die Einwohnerversammlung sei durch den früheren Bürgermeister Franz Heinrich Krey und den früheren Stadtdirektor Otto Fell geleitet worden. Eine zum Schluss durchgeführte Abstimmung habe eine etwa 90-prozentige Mehrheit für die Einrichtung einer Zone- 30 ergeben. Die Politik habe nur den Bürgerwillen nachvollzogen.

Würden die Straßen In der Auen und Beningsfeld aus der Zone- 30 herausgenommen, sei kurze Zeit später auch die Bernhard- Eyberg- Str. an der Reihe. Diese wiese die gleichen Merkmale wie die beiden anderen Straßen auf. Alle zeichneten sich durch einen Durchgangsverkehr von geringer Bedeutung aus. Für solche Straßen habe der Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum eingeräumt. Beim gesamten Quartier westlich der K 27 handele sich um ein reines Wohngebiet. Der neue § 45 der Straßenverkehrsordnung gewähre eine größere Rechtssicherheit bei der Einrichtung von Tempo 30- Zonen. Heute müsse sich jeder Verkehrsteilnehmer nach Verlassen einer Hauptverkehrsstraße auf das Einfahren in eine Zone- 30 einstellen. Die Länge der Zone spiele hierbei keine Rolle mehr. In Abschnitt 1c der Rechtsnorm heiße es u. a., dass Zonenanordnungen solche Straßen umfassen dürften, die keine Fahrstreifenbegrenzungen, Leitlinien oder benutzungspflichtige Radwege aufweisen. Dies sei bei der Straße In der Auen der Fall, zumal der dortige Radweg untermaßig sei und daher nicht benutzt werden müsse. Fahrstreifenbegrenzungen und Leitlinien könne man mit geringen Kosten entfernen, die Vorfahrtregelung für den öffentlichen Personennahverkehr bestehen lassen.

Die neuen rechtlichen Gegebenheiten seien bislang noch nicht hinreichend berücksichtigt worden, weshalb die Verwaltung und die Fraktionen hierzu Gelegenheit erhalten sollen. Er hoffe, dass der Fachausschuß seine Entscheidung revidiere.

Herr Buchholz beantragt, den Vorgang in den Fachausschuss zu überweisen.

Frau Ryborsch schließt sich dem Antrag an.

Frau Schmidt-Bolzmann hofft, dass der Fachausschuss die Entscheidungen zur Herausnahme der beiden genannten Straßen und auch der Straßen Halbenmorgen/Brandroster aus der Zone-30 widerrufe.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird an den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

5. **Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**

Gleichstellungsbeauftragte Fahner erläutert den Frauenförderplan in einem Lichtbildvortrag.

Frau Holtzmann bekundet für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Frauenförderplan. Sie erwartet, daß dieser auch so umgesetzt wird.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob es derzeit tatsächlich weniger Bewerbungen von Frauen als von Männern bei der Verwaltung gebe. Die auf Seite 47 des Frauenförderplans unter 5.4 benannte Informationsbroschüre sei durch den Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt worden. Er regt an zu prüfen, ob es woanders bereits eine solche Broschüre gebe, die für die Zwecke der Stadt verwandt werden könne. Ggf. könne sie geordert und durch Beifügen eines Informationsblattes an die spezifischen Verhältnisse der Stadt angepasst werden.

Auch Frau Schneider wünscht, daß der Frauenförderplan umgesetzt wird. Dies werde durch eine Berichterstattung an den Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann überwacht.

Frau Böhrs sieht einen wesentlichen Grund für die Aufstellung des Frauenförderplans in der Rechtsverbindlichkeit des Gleichstellungsgesetzes auf Landesebene.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, dass es in Bergisch Gladbach bereits einen Frauenförderplan gab, der nunmehr durch den Neuen ersetzt werde.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Frauenförderplan wird unter Berücksichtigung der Modifikationen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Hauptausschusses beschlossen.

6. **Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes für die Haushaltsjahre 1997 und 1998 (überörtliche Prüfung gemäß § 105 GO NW)**

Herr Dr. Fischer ist verwundert darüber, dass der Rechnungsprüfungsausschuß den Prüfungsbericht hat passieren lassen. In 9 von 15 Prüfungsbemerkungen habe sich das Gemeindeprüfungsamt von den Argumenten der Verwaltung nicht überzeugen lassen und seine Kritik bestätigt. Er möchte wissen, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn im Ausräumverfahren die Argumente der Verwaltung abschließend nicht

anerkannt werden. Besonders kritisch sehe die FDP-Fraktion die Prüfungsvermerke, die sich mit der Verschuldung befassen. Dabei ragten unter 3.2 vor allem B/1 und B/4 hervor. Bei B/1 sei die Argumentation verfehlt, da überhaupt keine Abschreibungen vorgenommen wurden. Man hätte stattdessen angemessene Rückstellungen zur Finanzierung der Sanierungen vornehmen können, wie es zum Beispiel im Wohnungseigentümergebot für jede Wohnanlage vorgeschrieben sei. Dies sei versäumt worden. Stattdessen habe man von der Substanz gelebt und hohe Schulden gemacht. Bei B/4 stimme die FDP-Fraktion der Argumentation des Gemeindeprüfungsamtes zu. Die Maßnahmen zu B/1 bis B/5 seien zwar Teil einer kreativen Buchführung gewesen, um in den letzten Jahren einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Langfristig sei dies jedoch unvermeidbar, da notwendige Einsparung versäumt und durch neue Schulden ersetzt wurden. Viele Belastungen seien über Gesetze fremdgesteuert gewesen. Die Verwaltung habe es jedoch versäumt, entsprechend den Vorschlägen der FDP-Fraktion durch geeignete Einsparungen gegenzusteuern. Dass dies gehe, zeigten die Sparmaßnahmen des Jahres 2001 mit einem Volumen von immerhin sechs Millionen DM. In den kommenden Jahren seien umso härtere Einschnitte notwendig, um wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren. Kreative Buchungstricks und vermeidbare Schulden werde die FDP künftig ablehnen.

Herr Jung kritisiert, dass Herr Dr. Fischer nicht an der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 13.6.2001 teilgenommen habe. Er verweist auf den einstimmigen Beschluß des Ausschusses, nach dem Änderungen zu den getroffenen Feststellungen sowohl dem Rechnungsprüfungsausschuß erneut zur Beratung als auch dem Rat zur Kenntnis vorgelegt werden, sofern diese im Ausräumverfahren zu verzeichnen sind.

Stadtkämmerer Kotulla stellt klar, dass er nach wie vor zur kreativen Buchführung stehe. Nur diese habe es in den letzten Jahren erlaubt, einen mathematisch ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Dies wiederum habe der Stadt ihren kommunalpolitischen Spielraum erhalten. Die Mehrheit des Rates sei dem stets gefolgt. Im übrigen habe es in dessen Händen gelegen, unter Umständen gegenzusteuern. Selbstverständlich habe es in den vergangenen Jahrzehnten hinsichtlich der Schulen keine Abschreibungen gegeben. Sei ein Vermögen allerdings faktisch aufgebraucht, stelle eine Sanierung eine Vermögensvermehrung dar. Daher gehörten diese Dinge auch in den Vermögenshaushalt. Folge man der Auffassung des Gemeindeprüfungsamtes, müssten künftig jeweils zehn bis zwölf Millionen DM im Verwaltungshaushalt dargestellt werden.

Herr Waldschmidt nimmt Bezug auf die Ausführungen zu B/14 und weist darauf hin, dass das Gemeindeprüfungsamt die Gebührenbefreiung für die ersten 15 Minuten eines Parkvorganges als rechtsbedenklich einstufe. Er möchte wissen, woher die Verwaltung die Erkenntnis nehme, dass die Kurzpark-Regelung tatsächlich stark in Anspruch genommen werde.

Stadtkämmerer Kotulla merkt an, dass dies der klassische Fall von nicht ausgeräumten Bedenken des Gemeindeprüfungsamtes sei, mit denen sich der Rechnungsprüfungsausschuß erneut befassen müsse.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer weist auf die ihm bekannten zahlreichen positiven Äußerungen der PKW-Nutzer zu der Regelung hin. Seit ihrer Einführung seien die

früher zahlreichen Beschwerden von Autofahrern ausgeblieben, denen bei kurzzeitigem Parken ohne Parkschein eine Verwarnung erteilt wurde. Die anderen Kommunen interessierten sich für die Erfahrungen der Stadt mit dieser Regelung und wollten wissen, wie sie diese im eigenen Hoheitsgebiet ebenfalls einsetzen könnten.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, dass sich ein Mißbrauch nie ganz ausschließen lasse.

Herr Ziffus hält es für notwendig, die massive Kritik des Gemeindeprüfungsamtes im Finanz- und Liegenschaftsausschuß allgemein zu diskutieren. Er halte die Finanzierung von Gebäudesanierungen über Kredite für gerechtfertigt. Ggf. müssten die haushaltsrechtlichen Vorschriften angepasst werden. Bei den übrigen Dingen handele sich um verwaltungsinterne Angelegenheiten, für die Lösungen gefunden werden müssten. Bei den Parkplätzen müsse man ggf. die Organisationsform ändern, wodurch sich die Angelegenheit dann von selber regele. Viele Maßnahmen des Vermögenshaushaltes würden aus politischen Gründen nicht umgesetzt. Ursache sei vielfach die Tatsache, daß Bauleitplanungen nicht zu Ende geführt wurden. Zu überdenken sei die Einnahmenseite. Nicht für gerechtfertigt halte er eine Kreditaufnahme unter Aussetzung der Tilgungen. Vielmehr hätten die Überschüsse aus dem Vermögenshaushalt für eine Sondertilgung eingesetzt werden müssen, um dies zu verhindern.

Herr Dr. Kassner findet es unangebracht, die Sachdiskussion des nichtöffentlichen Rechnungsprüfungsausschusses in die Öffentlichkeit zutragen. Die Kenntnisnahme einer Mitteilungsvorlage sei hierzu ungeeignet. Er kritisiert, daß von allen Fraktionen im Rat in der Vergangenheit kaum Anstrengungen unternommen wurden, strukturelle Veränderungen im Haushalt voranzutreiben.

Im übrigen nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2001

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 321.128,24 DM wird gemäß Abs. 1 GO NW erteilt.**
2. **Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2001 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 30.000,00 DM werden gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.**

8. Verwendung der Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit erhält zur Förderung von eigenen Maßnahmen und Maßnahmen seiner Mitglieder einen Zuschuss von 38.000,- DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001.

Der Betrag der Landeszuweisung in Höhe von 15.075,00 DM ist unter Hinweis auf den Ratsbeschluß vom 23.06.1998 für Veranstaltungen und Sachmittel zur Durchführung des Agenda-Prozesses entsprechend den Förderungsrichtlinien des Landes NW einzusetzen.

9. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Gemäß § 26 Abs. 2 EigVO wird der Jahresabschluß und der Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ festgestellt.

Der Jahresüberschuß 1999 (1.075.703,97 DM) wird nach Abzug der beschlossenen Gewinnabführung in Höhe von 688.854,42 DM an die Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 386.849,55 DM auf neue Rechnung vorgetragen.

10. **Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2001 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

Herr Neuheuser weist auf die Dringlichkeit der Arbeiten an der Villa Zanders hin. Das Geld hierzu sei vorhanden. Er beantragt, den vorgesehenen Betrag von einer Million DM in den Nachtrag mit aufzunehmen.

Dieser Antrag wird vom Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Danach faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion KIDitiative und einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß:**

Der Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Jahr 2001 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“, mit dem die Ansätze im Vermögensplan bei der Mittelherkunft und der Mittelverwendung erhöht werden, wird ohne die Ansatzserhöhung für Baukosten der Villa Zanders (1

Mio. DM) beschlossen.

11. **Einwohnerfragestunde**

Einwohneranfragen zum Bereich Kippekausen

Bürgermeisterin Opladen verliest ein Schreiben von Herrn Klaus Hoffmann vom 23.10.2001 zum Bereich Kippekausen. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach verliest sie die Antwort hierzu. Auch diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

12. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**

Herr Schüller hält den Beschlussvorschlag angesichts der Haushaltslage für unvertretbar.

Frau Schmidt-Bolzmann schließt sich dieser Auffassung an. Sie beantragt, über den Beschlußvorschlag geheim abzustimmen. Es sei nicht angezeigt, Geld in einem erheblichen Maße in eine Gesellschaft zu investieren, deren Nutzen für die Stadt überhaupt nicht klar sei.

Frau Ryborsch unterstützt den Antrag. Sie wirft der Verwaltung vor, hinsichtlich einer eigenen Wirtschaftsförderung nie richtig in Gang gekommen zu sein. Auch sie vermöge den Wert der Rheinisch- Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht zu erkennen.

Herr Buchholz hält Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung in jedem Falle für angebracht, um den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach zu sichern. Hierzu müsse Geld investiert werden.

Bürgermeisterin Opladen weist die Äußerungen von Frau Ryborsch mit Nachdruck zurück. Es sei nicht gerechtfertigt, die unzweifelhaft vorliegenden guten Leistungen der städtischen Mitarbeiter in diesem Bereich so zu kritisieren.

Auch Herr Dr. Fischer möchte für die FDP-Fraktion die Auffassung von Frau Ryborsch nicht teilen.

Frau Ryborsch entgegnet, dass es Wille der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewesen sei, die Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach weiter auszubauen. Hierzu wäre unter Umständen die Gründung einer eigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft angebracht gewesen. Sie habe der Verwaltung hierzu Informationen aus den Kreis Neuss besorgt. Der Nutzen der hiesigen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Bergisch Gladbach sei kaum zuerkennen. Die

Haltung der Bürgermeisterin zu der Angelegenheit erkläre sich lediglich aus deren Solidarität zu den übrigen Hauptgemeindefleasanten.

Sodann wird nach einer Benennung von Stimmzählern über den Beschlufvorschlag geheim abgestimmt.

Abgegeben werden 52 gültige Stimmzettel. Von diesen lauten 37 zugunsten des Beschlufvorschlages, 15 gegen den Beschlufvorschlag. Im Ergebnis ergibt sich folgender mehrheitlicher **Beschluf**:

1. **Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH in der vorgelegten Form wird zugestimmt.**
2. **Der im Rahmen der Euro-Umstellung erforderlichen Stammkapitalerhöhung in Höhe von 229,93 DM bzw. 117,56 Euro wird zugestimmt.**

13. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluf**:

Den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH wird zugestimmt.

14. **Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Stadtmarketing in Bergisch Gladbach**

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich bei allen Organisatoren der Gala „Gladbacherin/ Gladbacher des Jahres“ für ihr besonderes Engagement und die außerordentlich gut gelungene Veranstaltung.

Herr Freese führt aus, dass die SPD- Fraktion nach wie vor Beratungsbedarf habe. Er beantragt, die Entscheidung über den Beschlufvorschlag bis zur kommenden Sitzung des Rates zu vertagen. Die Verwaltung sei nicht gehindert, die Angelegenheit bis dahin weiter zu bearbeiten. Wichtig seien Informationen darüber, welche Personal- und Sachkosten auf die Stadt zukommen. Auch müsse darüber informiert werden, welche Bereiche des Stadtmarketings ggf. von der Stadt bzw. der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf den neuen Verein übergehen. Die Ergebnisse seien in der Vorlage für die nächste Sitzung des Rates zu berücksichtigen.

Herr Buchholz spricht sich gegen eine Vertagung aus. Punkt 2 des Beschlufvorschlages sei ohnehin ein reiner Prüfauftrag, in welchem die Fragen der SPD- Fraktion berücksichtigt werden könnten.

Frau Ryborsch spricht sich für die Vertagung aus. Aufgrund der angespannten Haushaltslage müssten die zu erwartenden Kosten genauestens ermittelt werden.

Sodann lehnt der Rat den Vertagungsantrag mehrheitlich mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der KIDinitiative und der FDP ab.

Danach faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß:**

- 1. Die Stadt Bergisch Gladbach begrüßt das ehrenamtliche Engagement von Bürgern, die den Verein Pro „GL“ e.V. – Initiative Bergisch Gladbach gegründet haben und tritt dem Verein als körperschaftliches Mitglied bei.**
- 2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Gründung einer Veranstaltungs- und Stadtmarketing-GmbH unter Beteiligung des Vereins Pro „GL“ e.V. – Initiative Bergisch Gladbach zu prüfen und die Beschlussfassung für die Gründung der GmbH vorzubereiten.**

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, im Rahmen des Prüfauftrages alle offenen Fragen genau zu untersuchen und das Ergebnis dem Hauptausschuß zu unterbreiten.

15. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"

Herr Neuheuser weist auf eine Presseberichterstattung des Kölner Stadtanzeigers hin, nach der sich auch die Stadt Köln mit der Angelegenheit befasse. Da Zuzahlungen in einen Schulentwicklungsfonds zu leisten seien, könne das Modellprojekt nicht kostenneutral verwirklicht werden. In Köln wolle man daher versuchen, über Sponsoren und ein eingeschränktes Werben Finanzquellen zu erschließen. Er möchte wissen, ob auch bei der Stadt Bergisch Gladbach in diese Richtung gedacht werde.

Herr Dehler weist auf den Ergänzungsantrag der CDU- Fraktion vom 31.8.2001 hin. Dort seien einige Fragen gestellt worden, die bei den Kooperationsverhandlungen mit dem Land Berücksichtigung finden sollten.

Herr Dr. Miede hält das Sponsoring für eine nette, jedoch wenig erfolgsträchtige Idee. Die maßgeblichen Überlegungen konzentrierten sich daher bei allen mit der Angelegenheit befassten Kommunen auf die haushaltsrelevanten Aspekte.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Stadt Bergisch Gladbach bewirbt sich für die Teilnahme einiger Schulen in städtischer Trägerschaft an dem Modellprojekt „ Selbständige Schule “ des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Die endgültige Teilnahme hängt von der Kostenermittlung der Stadt und dem städtischen Haushalt im Jahr 2002 ab.

16. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Frühjahrssemester 2002**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Frühjahrssemester 2002 werden beschlossen.

17. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Die Satzung über einen Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**
2. **Dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird für das Haushaltsjahr 2001 ein Betrag von bis zu 4.000,- DM für die Entschädigung der Beiratsmitglieder, Sach- und Veranstaltungskosten zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind aus der Haushaltsstelle 1.470.717.1.0 -Zuschüsse sonstige Verbände- zu decken. Für die Folgejahre sind die Mittel jährlich im Rahmen der Haushaltssatzung bereit zu stellen.**

18. **Antrag des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. auf Senkung des Trägeranteils bei den Betriebskosten des Jugendtreffs im Zentrum für Aktion und Kultur (ZAK).**

Herr Neuheuser kündigt die Ablehnung des Beschlußvorschlages an. Diese richte sich nicht gegen eine Förderung des Jugendtreffs, sondern gegen den von der Verwaltung unterbreiteten Deckungsvorschlag. Dieser beinhalte 10.000 DM aus dem Bereich der Freizeit- und Bildungsmaßnahmen. Der Betrag hätte ohne weiteres anderen Haushaltsstellen entnommen werden können. Man setze sich gegen Streichungen im ehrenamtlichen Bereich zur Wehr. Es handele sich um ein Schlag ins Gesicht der zahlreichen ehrenamtlich Tätigen, die gerade im Kinder- und Jugendbereich Außerordentliches leisteten.

Herr Kotulla entgegnet, dass der Jugendtreff des ZAK in Bensberg- Bockenberg der einzige Anbieter im Bereich der Jugendarbeit sei. Daher solle zur Deckung auch auf Haushaltsmittel zurückgegriffen werden, die über die „ Zuschüsse Freizeit- und Bildungsmaßnahmen “ hauptsächlich der verbandlichen Jugendarbeit zugedacht seien. Die betreffende Haushaltsstelle werde allerdings nur anteilig und erst ab 2002 in Anspruch genommen. Es stehe der Fraktion der KIDitiative frei, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2002 einen Alternativantrag zu stellen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluß**:

Dem Antrag des Trägers des ZAK auf Senkung des Trägeranteils an den Betriebskosten von zehn auf ein Prozent ab dem 1.1.2002 wird befristet bis zum 31.12.2002 zugestimmt.

Bis zum Ende des kommenden Jahres müssen Träger und Verwaltung prüfen, welche alternativen Fördermöglichkeiten es vor allem für den Bürgerbereich gibt. Damit soll der Träger wieder in die Lage versetzt werden, erwirtschaftete Finanzen zur Deckung des richtliniengemäßen Trägeranteils an den Betriebskosten des Jugendtreffs zu nutzen.

19. Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung über die Erziehungsberatungsstellen

Der Rat faßt einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluß**:

Der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatungsstellen in Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

Dieser Beschluss erfolgt unter der Vorgabe, dass im Haushalt 2002 keine Mehrkosten entstehen.

20. Sonderförderung der Betriebskosten der halben Kindergartengruppe in der Evg. Kindertagesstätte "Kradepohl" in Gronau

Herr Jung begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

- 1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Evg. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach zu den Betriebskosten einer halben Kindergartengruppe in ihrer Kindertagesstätte "Kradepohl" in Gronau, Kradepohlmühlenweg 4, einen Zuschuss zu den anererkennungsfähigen Betriebskosten von 100%**
- 2. Von den anererkennungsfähigen Kosten wird die Erhaltungspauschale für die halbe Kindergartengruppe ausgenommen.**
- 3. Die halbe Kindergartengruppe stellt eine Übergangslösung dar und wird bei rückläufiger Nachfrage geschlossen.**

Herr Jung kehrt an seinen Platz zurück.

21. **Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altersehrungen und Ehejubiläen**

Herr Dr. Fischer geht davon aus, dass die Änderung der bisherigen Regelung nur aufgrund der Umstellung auf den Euro erforderlich ist. Wie die Mittel aufgebracht werden, müsse Gegenstand der Haushaltsplanberatungen für 2002 sein.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die geänderten Richtlinien für Alters- und Ehejubiläen werden in der beiliegenden Fassung beschlossen.

22. **Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

23. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Änderung eines verkaufsoffenen Sonntages im Ortsteil Refrath**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die erste Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 17.04.2001 wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

24.1 **Nachfolgebesezung im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Frau Sigrid Dehler wird als Vertreterin der Evangelischen Kirchengemeinde (Evangelische Jugend) zum stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) gewählt.

24.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 24.10.2001 zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach im Bezirksbeirat der Kreisparkasse Köln; Benennung eines Vertreters gem. § 50 Abs. 4 S.2 GO NW**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Herr Rolf Buchholz wird als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in den Beirat Bergisch Gladbach der Kreissparkasse Köln entsandt.

25.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2001 zum Thema "Mobilfunk"

Frau Ryborsch geht davon aus, dass die Problematik Rat und Verwaltung längere Zeit beschäftigt.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass künftig die Firma VIAG- Intercom die Belange aller Mobilfunkbetreiber gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach vertrete. Zur Zeit existierten in der Stadt 59 Sendeanlagen. 37 weitere seien geplant. Hinsichtlich der genehmigungsfreien Sendeanlagen bestünden die Mobilfunktreiber auf der Rechtslage und seien nicht bereit, hierzu Unterlagen vorzulegen. Sie hätten allerdings Pläne (im Maßstab von Stadtplänen) vorgelegt, aus denen man ungefähr die Standorte der Sendemasten erkennen könne.

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob Sendemaste auf städtischen Gebäuden errichtet werden sollen.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß entsprechende Anfragen nicht bekannt seien. Hinsichtlich einer generellen Inanspruchnahme städtischer Grundstücke für die Errichtung von Sendeanlagen werde die Verwaltung der Politik eine Entscheidungsgrundlage vorlegen.

Frau Ryborsch fragt an, ob die Verwaltung ggf. ein Sendemast- Kataster erstelle.

Nach Auffassung von Stadtbaurat Schmickler ist dies die Aufgabe der Mobilfunkbetreiber. Diese zeigten jedoch wenig Neigung dazu. Allerdings hätten sie der Verwaltung die o. g. Pläne zur Verfügung gestellt mit der Erlaubnis, diese ggf. auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben.

Im übrigen nimmt der Rat die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kenntnis.

25.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001bzgl. eines Spielplatzes im Bereich "Neu-Frankenforst"

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass der Verwaltung zwei Schreiben von Eigentümergemeinschaften in der Kurt- Schumacher- Straße zugegangen seien, die sich gegen die Anlegung eines Spielplatzes aussprechen.

Herr Neuhäuser ist über die beiden Schreiben bereits informiert und erwägt eine

Beantwortung auch durch die Fraktion der KIDitiative. Der Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) habe die mobile offene Jugendarbeit in Neu-Frankenforst tätig werden lassen, da es dort bislang kein adäquates Angebot für ältere Kinder und Jugendliche gebe. Die betreuten Kinder und Jugendlichen hätten in Zusammenarbeit mit der mobilen offenen Jugendarbeit zirka 140 Unterschriften für die Anlegung eines Spielplatzes gesammelt und Bürgermeisterin Opladen überreicht. Fachbereich 5-Jugend und Soziales- gehe jedoch davon aus, dass die Verwirklichung dieses Projektes noch lange dauern könne. Die Angelegenheit müsse vorangetrieben werden, weshalb er um eine Überweisung in alle zuständigen Ausschüsse bitte.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird in den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß), den Planungsausschuß und den Finanz- und Liegenschaftsausschuß überwiesen.

25.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001 zur Bewerbung der Stadt Bergisch Gladbach um das Gütesiegel für umweltgerechtes Reisen "Viabona"

Herr Neuheuser sieht den Antrag als einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung an.

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung bereits vor den Herbstferien in einem längeren Artikel sehr kritisch mit dem Projekt auseinandergesetzt habe. Sie werde versuchen, diesen der Fraktion der KIDitiative zur Verfügung zu stellen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird in den Hauptausschuß überwiesen.

26.1 Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 22.10.2001 zur Ausgliederung und Unterhaltung von Spielplätzen aus dem Haushalt des Fachbereichs 5

und

26.2 Anfragen der Ratsmitglieder

1. Schriftliche Anfragen zur Ausgliederung und Unterhaltung von Spielplätzen aus dem Haushalt des Fachbereiches 5

-

Bürgermeisterin Opladen weist auf die schriftliche Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 22. 10.2001 zur oben genannten Problematik und deren Beantwortung durch die Verwaltung hin.

2. Anfrage zur Video-Überwachung des Parkplatzes hinter dem Rathaus

Stadtmitte

-

Frau Schmidt-Bolzmann möchte wissen, wie teuer die neu installierte Videoüberwachungsanlage für den obengenannten Parkplatz gewesen sei. Weiterhin weist sie auf eine Presseberichterstattung hin, nach welcher die Angehörigen der Ratsfraktionen für diese Maßnahme verantwortlich gemacht werden. Sie bittet hierzu um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Fachbereichsleiter Martmann stellt klar, daß er in einem Telefongespräch mit der entsprechenden Tageszeitung exakt das wiedergegeben habe, was er bereits im Hauptausschuss zu dem Thema geäußert habe. Dies sei anschließend entsprechend „aufgearbeitet“ worden. Die kritisierten Äußerungen seien in dieser Form von ihm nicht gemacht worden. Der Sinn der Anlage sei es gerade herauszufinden, wer die Beschädigungen vornehme. Die Kosten lägen bei etwa 4.500 DM. Ein positiver Effekt sei bereits jetzt zu beobachten. Die Kette werde inzwischen regelmäßig wieder verschlossen, so daß Fraktionsangehörige wieder einen Parkplatz fänden.

3. Anfrage zu den Stadtwächtern

Herr Neuheuser bittet darum, dem Hauptausschuß oder dem Rat einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Stadtwächter vorzulegen.

4. Anfrage zum Bereich Quirlsberg

Herr Ziffus weist daraufhin, daß die Straße Quirlsberg und die Waldwege im Bereich dieser Straße im Verlauf dieses Jahres mit einer neuen Verschleißschicht bzw. mit einer glatteren Oberfläche versehen werden sollten. Bislang seien diese Maßnahmen nicht vollzogen worden, wofür er den Grund wissen wolle. Weiterhin fragt er an, wann mit den Arbeiten begonnen wird.

5. Anfragen zur Aufstellung von Autobahnwegweisern, zur kommenden Sitzung des Hauptausschusses und zum Bau des neuen Busbahnhofes in der Stadtmitte

-

Herr Freese stellt folgende Fragen:

- Sei es beabsichtigt, in Lückerath Hinweisschilder zur Autobahn aufzustellen?
- Beabsichtige die Bürgermeisterin, den Gutachter Dr. Jansen für die kommende Sitzung des Hauptausschusses am 08.11.2001 einzuladen?

Er bittet um eine kurzfristige Beantwortung, um verneinendenfalls einen entsprechenden Antrag stellen zu können.

- Habe das Land der Stadt Bergisch Gladbach signalisiert, auch im Falle eines verzögerten Baubeginns des neuen Busbahnhofes in der Stadtmitte Fördermittel ausbezahlen?

5. Anfrage zur Presseberichterstattung zum Parkplatz hinter dem Rathaus Stadtmitte

-

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob die Bürgermeisterin zur oben genannten Presseberichterstattung eine Gegendarstellung an die betreffende Tageszeitung übersenden wolle.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, dass Fachbereichsleiter Martmann seine Sicht der Dinge dargelegt habe. Dies sei für sie ausreichend.

6. Anfrage zum Eckgrundstück Rommerscheider Str. / Odenthaler Str.

Herr Schnöring weist auf den verwahrlosten Zustand des obengenannten Grundstückes hin. Seit einiger Zeit befinde sich dort auch eine Baugrube, ohne daß weitere Bautätigkeiten zu erkennen seien. Das Haus selbst sei offenbar unbewohnt, wenngleich durch ein Einschalten von Licht gelegentlich ein anderer Eindruck erweckt werden solle. Er möchte wissen, ob die Verwaltung auf den Grundstückseigentümer Einfluss nehmen könne mit dem Ziel, die Situation dort zu verbessern.

7. Anfrage zur Erstellung von Leistungskennziffern

Herr Dr. Fischer weist auf einen Antrag der FDP-Fraktion vom 5.6.2000 zur Erstellung von Leistungskennziffern hin, der vom Hauptausschuß positiv beschieden wurde. Inzwischen sei in einem ersten Gespräch des Arbeitskreises „Produktkritik“ deutlich geworden, wie wichtig solche Leistungskennziffern seien. Er möchte wissen, wie es mit der Umsetzung des Antrages aussehe bzw. wann mit Ergebnissen gerechnet werden könne.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß die Verwaltung für wesentliche Bereiche Leistungskennziffern erarbeite und in die kommende Sitzung des Arbeitskreises einbringe.

8. Anfrage zur Mikrofonanlage in der CDU-Fraktion

Herr Cüpper weist daraufhin, dass die CDU-Fraktion bereits seit etwa zwei Jahren nicht mehr über eine funktionierende Mikrofonanlage verfüge. Er fragt an, ob es möglich sei, diesem Mangel abzuhelpfen, und wenn ja, wie lange dies dauern könne.

9. Anfrage zur Mikrofonanlage im Ratssaal Bensberg

Herr Buchholz fragt an, ob die Bürgermeisterin mit ihm übereinstimme, dass die Mikrofonanlage für die Ratssäle Bensberg/ Stadtmitte in diesem Jahr nicht mehr erneuert werde.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.